



## **Bensberger Gespräche** **26.-28. Januar 2009 in Bensberg**

Tagungsdokumentation  
Dokumentation: Dr. Kai Dreisbach

Dienstag, 27. Januar

### **Arbeitsgruppe III „Stille Macht? Rolle der Zivilgesellschaften“**

*Noha Stephanos, Politikwissenschaftlerin, Berlin*

*Moderation: Kai Dreisbach, Arbeitsgemeinschaft Staat und Gesellschaft e.V., Bonn*

Nach der Vorstellung der Teilnehmenden vertiefte und ergänzte Noha Stephanos ihre Ausführungen vom Vormittag. Einleitend verwies sie noch einmal auf die Komplexität des Begriffs Zivilgesellschaft und auf die Schwierigkeit, eine befriedigende Definition zu finden. Daher – so die Referentin – präferiere sie eine Arbeitsdefinition, die Zivilgesellschaft als den nicht-staatlichen Bereich der Gesellschaft verstehe. In diesem Kontext sei darauf hinzuweisen, dass das mit dem Begriff Zivilgesellschaft oftmals verknüpfte Ziel einer Demokratisierung ein westliches Konzept sei, die zivilgesellschaftlichen Organisationen des Nahen Ostens hingegen vielfach eine apolitische Ausrichtung hätten. Im zweiten Teil ihrer Ausführungen skizzierte Noha Stephanos dann die Situation der Zivilgesellschaften in den einzelnen Ländern der Region. Hier seien enorme Unterschiede festzustellen – das Spektrum reiche von einer vollständigen Unterdrückung nicht-staatlicher zivilgesellschaftlicher Organisationen in Libyen, Syrien, Oman, Qatar, Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten bis hin zu lebendigen und aktiven Zivilgesellschaften im Libanon, in Palästina und in Marokko. Die Gründe hierfür seien vielfältig, erläuterte die Referentin – sie reichten von unterschiedlichen historischen Entwicklungen über verschiedene gesellschaftliche Strukturen bis hin zu divergierenden ökonomischen Rahmenbedingungen.

Im Folgenden diskutierten die Teilnehmer zunächst die Frage, was unter Zivilgesellschaft zu verstehen und wie die Forderung nach Demokratisierung auf die Situation im Nahen Osten anzuwenden sei. In diesem Kontext wurde festgehalten, dass das Konzept von Zivilgesellschaft auf dem Ideal einer Bürgergesellschaft unter den politischen Rahmenbedingungen einer Demokratie beruhe. Hier liege das erste Problem, denn die Mitglieder der Gesellschaften im Nahen Osten verstünden sich nicht als Bürger und sähen eine Demokratisierung ihrer Länder nicht unbedingt als erstrebenswertes Ziel an. Insofern sei eine weiter gefasste Definition von Zivilgesellschaft zu finden, die von der Existenz verschiedener organisierter gesellschaftlicher Gruppen ausgehe, die sich für ihre jeweiligen Interessen engagierten und diese durchzusetzen versuchten. Das westliche Modell einer Förderung von Demokratie hingegen sei nur eingeschränkt übertragbar – vielmehr sei zu fragen, welche Ziele, Maßnahmen und Entwicklungen unter spezifischen kulturellen Rahmenbedingungen sinnvoll seien.

Nach dieser Bestandsaufnahme wendete sich die Arbeitsgruppe der Suche nach Lösungen zu. Einigkeit bestand darüber, dass zunächst zwei Fragen beantwortet werden müssten – wollen bzw. brauchen „wir“ Zivilgesellschaften im Nahen Osten und wenn ja, in welcher Form können „wir“ sie unterstützen und fördern. Dann gebe es grundsätzlich zwei Wege: Zum einen könnte Druck auf die Regierungen der Staaten des Nahen Ostens ausgeübt

werden, ihre Länder zu demokratisieren – dieser Ansatz sei allerdings, wie beispielsweise die Erfahrungen der Amerikaner im Irak zeigten, bisher wenig erfolgreich gewesen. Zum anderen könne der Fokus auf die Gesellschaften gerichtet und versucht werden, eine Demokratisierung “von unten” zu realisieren. Dabei bestehe aber das Dilemma, dass die meisten existierenden zivilgesellschaftlichen Organisationen im Nahen Osten ganz andere und miteinander auch nicht kompatible Ziele verfolgten. So stelle sich beispielsweise die Frage, ob etwa eine Organisation wie die Muslimbruderschaft in Ägypten von europäischen oder amerikanischen entwicklungspolitischen Organisationen unterstützt werden solle, obwohl sie Ziele verfolge, die mit “westlichen” Wertvorstellungen nicht viel gemein hätten. Es müsse also klar festgelegt werden, mit welchen Gruppen zusammengearbeitet werde und welche Zielsetzungen dabei verfolgt werden sollen.

Die Entwicklung von “funktionierenden” Zivilgesellschaften im Nahen Osten sei jedenfalls ein langer Prozess, waren sich die Teilnehmer einig. Wichtig sei die Förderung von Partizipation – dazu brauche es Vertrauen, Netzwerke und Normen. Ziel müsse es sein, dass die Zivilgesellschaften in der Region sich selbst gründeten. Die Unterstützung durch westliche entwicklungspolitische Akteure müsse dann dem Prinzip der “Hilfe zur Selbsthilfe” folgen. Dies bedeute, dass neue entwicklungspolitische Ansätze verfolgt und konkrete Projekte gefördert werden müssten, wobei die einzusetzenden Mittel und Methoden je nach Land und zivilgesellschaftlicher Organisation individuell und zielgruppenadäquat zu konzipieren wären.

Auch sei der interkulturelle Dialog voranzutreiben – ein Bereich, an dem auch die politische Bildung ins Spiel komme. Diese müsse über nationale Grenzen hinausblicken und den Dialog mit anderen Kulturen aufnehmen. In Deutschland könne die Diskussion des Themas Zivilgesellschaft und der dahinter stehenden entwicklungspolitischen Ansätze beispielsweise in politische Bildungsveranstaltungen über den Nahen Osten integriert und somit der sicherheitspolitische Fokus der Auseinandersetzung mit dieser Region aufgebrochen werden. Ganz bedeutsam für alle Ansätze zur Förderung von Zivilgesellschaften im Nahen Osten – so ein Teilnehmer abschließend – sei jedenfalls ein durch die Abwesenheit von Krieg und Tod gekennzeichnetes Umfeld. Und hier sei dann wieder die klassische Außen- und Sicherheitspolitik gefragt – sowie, wie der Fall Afghanistan zeige, unter Umständen auch die Bundeswehr.